

Niederschrift
über die 1. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 12.03.2021 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Baer, Gudrun
van Benthem, Henk
Heister, Joachim
Loepp, Helga
Nabbefeld, Michael
Renzel, Peter
Schavier, Karl
Stieber, Andreas-Paul

SPD

Engler, Gerd
Heinisch, Iris
Krossa, Manfred
Kucharczyk, Jürgen
Recki, Gerda (für Karl)
Schulz, Margret

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Hoffmann-Badache, Martina
Kresse, Martin
Schäfer, Ilona (Vorsitzende)
Tadema, Ulrike (für Manske)
Tietz-Latza, Alexander

FDP

vom Berg, Joachim
Breuer, Klaus

AfD

Winkler, Michael (für Dr. Schnaack)

Die Linke.

Onori, Birgit

FREIE WÄHLER/Volt

Alsdorf, Georg

Die FRAKTION

Lukat, Nicole

von den Fraktionsgeschäftsstellen

Kunze, Thomas M., AfD
Andronis, Thalia, Die Linke.

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"
Bergerfurth, LVR-Fachbereichsleiterin "Wirtschaftliche Steuerung"
Lüder, LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"
Dr. Möller-Bierth, LVR-Fachbereichsleiterin "Personelle und organisatorische Steuerung"
Stephan-Gellrich, LVR-Fachbereichsleiterin "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"
Bidinger, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (bis TOP 5)
Blum, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung"
Bußenius, LVR-Fachbereich "Kommunikation"
Naylor, LVR-Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder (bis TOP 15)
Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

Referentin:

Herr M. Sc. Alexander Bäuerle, Leitender Psychologe sowie Bereichsleitung e-mental Health und Digitalisierung an der Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie (per GoToMeeting zugeschaltet)

Gäste:

Meisel, Gesamtpersonalrat

Tagesordnung

A: Gesundheitsausschuss

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern
3. Bestellung der Schriftführung für den Gesundheitsausschuss - zugleich Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung - **15/2 B**
4. Vorstellung des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen - Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte **15/89 K**
5. Psychische Auswirkungen der Corona Pandemie und Indikationen für digitale Versorgungsangebote
6. LVR-Klinik Mönchengladbach - Sanierung des Trinkwassernetzes in Haus B **15/122 B**
7. LVR-Klinik Bedburg-Hau – Letter of Intent in Vorbereitung der Errichtung einer Dependance am St.-Clemens-Hospital Geldern **15/167 K**
8. Finanzierungs- und Umsetzungsplanung für das Forum Psychiatrie - Dezentrale Begegnungsstätten zur Geschichte und Gegenwart der Psychiatrie im Rheinland **15/57 E**
9. Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung "Anlauf- und Beratungsstelle" vom 28. Dezember 2016" **15/39 E**
10. LVR-Förderprogramm „Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern“: Stand der Umsetzung **15/80 K**
11. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2020 **15/41 K**
12. Anträge und Anfragen der Fraktionen
13. Beschlusskontrolle
14. Bericht aus der Verwaltung
15. Verschiedenes

B: Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung

16. Verschiedenes

C: Gesundheitsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

17. Umsetzung des Krankenhauszukunftsgesetzes im LVR-Klinikverbund **15/170 B**
18. Maßregelvollzug
- 18.1. Maßregelvollzug; rechtliche Grundlagen, Daten, Zahlen, Fakten **15/61 K**
- 18.2. Belegungssituation im Maßregelvollzug
19. Anträge und Anfragen der Fraktionen
20. Beschlusskontrolle
21. Bericht aus der Verwaltung
22. Verschiedenes

D: Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung

23. Bestellung zur Kaufmännischen Direktorin im Vorstand des LVR-Instituts für Forschung und Bildung (Kaufmännische Direktion LVR-IFuB) **15/136 B**
24. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:00 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:30 Uhr
Ende der Sitzung:	11:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und die Verwaltung zur 1. Sitzung des Gesundheitsausschusses der 15. Landschaftsversammlung. Sie macht auf die Hygienemaßnahmen aufmerksam, die wegen der Coronapandemie ergriffen worden seien, und bittet, diese zu beachten.

Sie weist darauf hin, dass der Gesundheitsausschuss auch die Aufgaben als Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung übernehme.

Ein wichtiger Grundsatz für sie sei das Leitbild des Landschaftsverbandes Rheinland "Qualität für Menschen". Davon seien sowohl die Patient*innen als auch die Mitarbeiter*innen des Landschaftsverbandes Rheinland umfasst.

Gerade in der Coronapandemie kämen große Herausforderungen auf den Landschaftsverband Rheinland und die LVR-Kliniken zu. Sie freut sich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit im Gesundheitsausschuss.

A: Gesundheitsausschuss

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 12.03.2021 wird zugestimmt.

Punkt 2

Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern

Die Vorsitzende verpflichtet Frau Lukat, Herrn Heister und Herrn Winkler zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben als sachkundige Bürger*innen in den Gremien der Landschaftsversammlung Rheinland.

Punkt 3

Bestellung der Schriftführung für den Gesundheitsausschuss - zugleich Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung - Vorlage Nr. 15/2

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die LVR-Dezernentin des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen wird zur Schriftführerin für den Gesundheitsausschuss - zugleich Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung - bestellt. Ihr wird die Möglichkeit eingeräumt, die Tätigkeit auf Mitarbeitende des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen zu übertragen.

Punkt 4

Vorstellung des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen - Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte Vorlage Nr. 15/89

Frau Wenzel-Jankowski stellt die Organisationsstruktur, die Steuerungsfunktionen und die Aufgaben des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen und seiner Fachbereiche vor und gibt einen Überblick über die wesentlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Das Dezernat sei die Steuerungseinheit für den Klinikverbund und den Verbund Heilpädagogischer Hilfen und verfüge über vier Fachbereiche, von denen drei Fachbereiche eine funktionale Gliederung aufwiesen.

Eine wichtige Aufgabe des Dezernates sei die Weiterentwicklung der Psychiatrie im Rheinland. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine gute Kooperation und partnerschaftliche Zusammenarbeit sowohl mit den Kommunen als auch mit den Leistungsträgern erforderlich. In der Zukunft gebe es sowohl fachliche, gesetzliche als auch strukturelle Herausforderungen. Daneben müsse sich auch den Auswirkungen durch die Coronapandemie gestellt werden.

Um sich einen Überblick über die Entwicklung der Psychiatrie im Rheinland in den vergangenen Jahren zu verschaffen, weist sie auf die ausliegenden Psychiatriereporte aus den letzten drei Jahren hin.

Frau Dr. Möller-Bierth, Herr Lüder, Frau Bergerfurth und Frau Stephan-Gellrich stellen

ihre Fachbereiche vor und erläutern ihre Aufgaben und künftigen Schwerpunkte der Arbeit.

Herr Kresse regt an, sich mit dem aktuellen Psychiatriereport "Empowerment und Partizipation 2020" nochmals in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses und der Krankenhausausschüsse der 15. Landschaftsversammlung Rheinland zu befassen.

Der Bericht wird gemäß Vorlage 15/89 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Psychische Auswirkungen der Corona Pandemie und Indikationen für digitale Versorgungsangebote

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Bäuerle, der digital aus Essen zugeschaltet ist.

Herr Bäuerle richtet Grüße von Herrn Prof. Dr. Teufel aus, der zeitgleich an dem Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Essstörungen teilnehme. E-Mental Health und Digitalisierung seien in Anbetracht der Häufigkeit psychischer Störungen sowie monatelanger Wartezeiten auf einen Therapieplatz ein wichtiger Baustein der psychischen Gesundheit.

Herr Bäuerle erläutert die Studien zur Erfassung der psychischen Belastungen. Er stellt eine Querschnitterhebung in der Allgemeinbevölkerung mit über 28.000 Teilnehmenden vor. Aus der retrospektiven Einschätzung sei festzustellen, dass es eine Verschlechterung der mentalen Gesundheit und des Gesundheitszustandes seit Ausbruch der Coronapandemie gebe. Dabei gebe es Zusammenhänge zwischen einem erhöhten Vertrauen in die Anti-Corona Maßnahmen sowie einem ausgeprägten Gefühl über Corona informiert zu sein, mit einer geringeren psychischen Belastung, wenn eine ausreichende Kommunikation stattfinde. Die psychische Belastung bei Menschen mit einer diagnostizierten psychischen Erkrankung sei deutlich erhöht, die spezielle Corona-Angst dagegen nicht. Im Vergleich zwischen erstem und zweitem Lockdown sei eine signifikante Zunahme an Depressionssymptomen, eine signifikante Abnahme an dysfunktionalen Sicherheitsverhalten und eine signifikante Abnahme an adhärentem Sicherheitsverhalten festzustellen.

Anschließend erläutert Herr Bäuerle die Indikationen für digitale Versorgungsangebote. Es könnten u. a. neue Versorgungsformen entwickelt werden, um gezielt bestehende Probleme zu adressieren. Die digitalisierte Diagnostik und die digitalen Versorgungsangebote seien in der heutigen Zeit eine Notwendigkeit mit vielen Möglichkeiten für den Klinikbereich, die Wissenschaft und die Administration.

Auf Fragen von Herrn Krossa antwortet Herr Bäuerle, bei den Untersuchungen seien vergleichbare Ergebnisse sehr wichtig. Die Verfahren seien standardisiert und validiert. Sowohl bei der 1. als auch bei der 2. Welle der Coronapandemie handele es sich um sehr umfangreiche Studien. Bei einer anonymisierten Auswertung werde ein Studienprotokoll erstellt. Sobald Stichproben erhoben würden, seien diese repräsentativ.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Bäuerle für seinen Vortrag und bittet, den Vortrag sowohl den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses als auch den Mitgliedern der Krankenhausausschüsse zuzuleiten.

Die Verwaltung sagt das zu. (Der Vortrag ist mit Schreiben vom 15.03.2021 an die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und der Krankenhausausschüsse verschickt worden.)

Der Vortrag von Herrn Bäuerle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

LVR-Klinik Mönchengladbach - Sanierung des Trinkwassernetzes in Haus B Vorlage Nr. 15/122

Auf Fragen von Herrn Winkler antwortet Frau Wenzel-Jankowski, die in Auftrag gegebenen Gutachten zur Sanierung des Trinkwassernetzes in Haus B würden an die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Krankenhausausschusses 3 versandt.

Herr Kresse führt aus, es sei notwendig, dass sich auch der Bauausschuss mit der Thematik befasse. Die LVR-Klinik Mönchengladbach dürfe durch die Maßnahme nicht übermäßig finanziell belastet werden. Außerdem müsse im Rahmen der Zukunftsplanung auch noch einmal über den Abschluss von Versicherungen nachgedacht werden.

Der Gesundheitsausschuss fasst **mehrheitlich** - bei 1 Gegenstimme der AfD-Fraktion - folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Sanierung des Trinkwassernetzes in Haus B der LVR-Klinik Mönchengladbach wird gemäß Vorlage 15/122 zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der weiteren Planung beauftragt.

Punkt 7

LVR-Klinik Bedburg-Hau – Letter of Intent in Vorbereitung der Errichtung einer Dependence am St.-Clemens-Hospital Geldern Vorlage Nr. 15/167

Der Bericht zum Stand der Kooperation der LVR-Klinik Bedburg-Hau mit dem St.-Clemens-Hospital Geldern wird gemäß Vorlage Nr. 15/167 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Finanzierungs- und Umsetzungsplanung für das Forum Psychiatrie - Dezentrale Begegnungsstätten zur Geschichte und Gegenwart der Psychiatrie im Rheinland Vorlage Nr. 15/57

Herr Kresse führt aus, die Vorlage sei sehr zu begrüßen. Er weist auf das ehrenamtliche Engagement bei der Realisierung der Dezentralen Begegnungsstätten zur Geschichte und Gegenwart der Psychiatrie im Rheinland hin.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Landschaftsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Finanzierungs- und Umsetzungsplanung gemäß Vorlage 15/57, mit der Durchführung der in der Planung aufgeführten Teilmaßnahmen:

1. Umsetzung der „Route der Psychiatriegeschichte“

- Aufbau und fortlaufende Erweiterung einer gemeinsamen Web-Präsenz aller LVR-Kliniken und sonstigen Erinnerungsorte
- Aufbau einer digitalen, webbasierten Objektdatenbank
- Umsetzung des Konzepts der Ausstellungs- und Begegnungsstätte in Haus 5 der LVR-Klinik Düren
- Umsetzung des Konzepts der Ausstellungs- und Begegnungsstätte in der Klinik-Kirche der LVR-Klinik Langenfeld.

2. Der Umbau- und Sanierungsmaßnahme von Haus 5 zur Aufnahme der Ausstellungs- und Begegnungsstätte wird dem Grunde nach zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Planung beauftragt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, über den Fortgang dieses Projektes regelmäßig zu berichten.

Punkt 9

Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung "Anlauf- und Beratungsstelle" vom 28. Dezember 2016"

Vorlage Nr. 15/39

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung "Anlauf- und Beratungsstellen der Stiftung Anerkennung und Hilfe" vom 28.12.2016 gemäß Vorlage Nr. 15/39 mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW zu schließen.

Punkt 10

LVR-Förderprogramm „Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern“: Stand der Umsetzung

Vorlage Nr. 15/80

Auf Fragen von Frau Loepp, Herrn Engler und der Vorsitzenden antwortet Frau Wenzel-Jankowski, 29 Jugendämter und sechs Gesundheitsämter hätten einen Antrag auf Unterstützung aus dem LVR-Förderprogramm gestellt. Davon hätten 27 Kommunen und Kreise bereits eine Bewilligung erhalten. Die restlichen Anträge befänden sich in der Antragsbearbeitung. Danach werden die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von insgesamt 900.000,00 € ausgeschöpft sein, so dass keine weiteren Anträge gestellt werden können.

Der Bericht zum Stand der Umsetzung des LVR-Förderprogramms zur Unterstützung der Kommunen im Rheinland beim Ausbau der Angebots- und Koordinationsstrukturen für Kinder und Jugendliche mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern wird gemäß Vorlage Nr. 15/80 zur Kenntnis genommen.

Punkt 11

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2020

Vorlage Nr. 15/41

Herr Nabbefeld weist darauf hin, es handele sich um eine sehr informative Vorlage, die den Gesundheitsausschuss begleiten werde.

Herr Kresse regt an, dass sich die Genesungsbegleitungen in einer der nächsten Sitzungen in den jeweils zuständigen Krankenhausausschüssen vorstellen.

Die Vorsitzende bittet darum, dieses vorzusehen, sobald sich die Coronalage etwas entspannt habe.

Der Entwurf des Jahresberichtes 2020 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-

Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage-Nr. 15/41 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion geplant.

Punkt 12 **Anträge und Anfragen der Fraktionen**

Keine Anmerkungen.

Punkt 13 **Beschlusskontrolle**

Der öffentliche Teil der Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 14 **Bericht aus der Verwaltung**

Frau Wenzel-Jankowski berichtet zum weiteren Vorgehen bezüglich der Ergebnisse der Studie "Medikamentenvergabe und Medikamentenerprobung an Kindern und Jugendlichen".

Sie nimmt Bezug auf die Studie von Kaminsky zur "Verspäteten Modernisierung der Heimerziehung". Hier seien die Lebensbedingungen der Heim- und Psychiatriebewohner*innen dargestellt worden. Für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe, in Kinder- und Jugendpsychiatrien oder in ehemaligen Sonderschulen mit angeschlossenem Internatsbetrieb untergebracht waren, gebe es seit Januar 2017 die Stiftung "Anerkennung und Hilfe". Für Betroffene werde ein Beratungsangebot und Möglichkeiten der finanziellen Entschädigung vorgehalten. Das mit der aktuellen Medikamentenstudie erfasste Klientel sei dabei aufgrund vorhergehender Forschungsergebnisse über die Stiftung im Wesentlichen mit erfasst.

Für die öffentliche Präsentation der Ergebnisse der Studie "Medikamentenvergabe und Medikamentenerprobung an Kindern und Jugendlichen" sei ein Videoformat vorgesehen. Dort sollen sowohl die Verwaltungsspitze, Politik, Fachleute als auch Betroffene zu Wort kommen. Daneben werde eine multimediale Pressekonferenz mit kurzen Statements vorbereitet. Die Einzelheiten seien derzeit in Vorbereitung.

Die Kommunikationsziele seien, dass der Landschaftsverband Rheinland sich seiner Geschichte stelle, diese reflektiere und das Leid der Betroffenen anerkenne. Die Ergebnisse würden voll umfänglich und transparent der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Herr Kresse begrüßt das angedachte Format und hebt hervor, wichtig sei, dass in den Videointerviews auch Betroffene zu Wort kommen. Er regt an, dass von Seiten der politischen Vertretung die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses ein Statement abgeben solle. Die Geschichtsaufarbeitung des Landschaftsverbandes sei ein wichtiges Kapitel, um für die Zukunft zu lernen.

Punkt 15 **Verschiedenes**

Frau Lukat fragt, auf welche Art und Weise die Unterfinanzierung der Peerberatung in den SPZ korrigiert werden könne. Im Doppelhaushalt 2020/2021 werde für jedes dieser Jahre eine Summe festgeschrieben, die der Peer-Beratung in den SPZ zugute komme. Aufgrund des Erfolges der Implementierung von Peer-Beratung im Jahr 2020 wurden für das Jahr 2021 eine große Anzahl von Anträgen auf Förderung von Peer-Beratung gestellt. Da die zu verteilende Summe für 2021 nicht angepasst wurde und auf alle eingegangenen und aufrechterhaltenen Anträge verteilt wurde, seien alle Peer-Beratungen derzeit unterfinanziert. Die Peer-Beratung, eine "zukünftige Kernaufgabe der SPZ" (LVR-Aussage aus den Antragsunterlagen der Förderung von Peer-Beratungen im SPZ) sollte bzw. müsste solide finanziert sein.

Die Verwaltung sagt zu, die Frage in der Niederschrift zu beantworten.

Hinweis der Verwaltung:

Analog zu der Förderung von Peer-Beratung an den KoKoBe durch Dezernat 7 wurden für Peer-Counseling in den SPZ ab 2020 Haushaltsmittel in Höhe von 480.000 € zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zeitpunkt konnte der hohe Bedarf der SPZ noch nicht abgesehen werden. Peer-Support/Peer-Counseling ist seit 2020 neue Kernaufgabe der SPZ, damit sich diese einheitlich mit dieser besonderen Beratungsform („Betroffene beraten und unterstützen Betroffene“) befassen. Perspektivisch sollen alle 54 SPZ-Träger im Rheinland von der Peer-Förderung profitieren, wobei die bisher festgelegte Förderhöchstsumme bei 40.000 € pro Antrag liegt. Auf diese Weise soll Psychiatererfahrenen, die über die Qualifikation als EX-IN Fachkraft oder Peer-Counselor verfügen bzw. diese erwerben, in den SPZ eine langfristig gesicherte Beschäftigungsperspektive geboten werden. Für die Umsetzung müssten die Fördermittel im Doppelhaushalt 2022/2023 entsprechend aufgestockt oder gegebenenfalls sukzessive erhöht werden.

Außerdem stellt Frau Lukat die Frage, ob bei den Impfungen in den Einrichtungen und Betrieben des LVR nur das reguläre Personal geimpft werde oder auch die Praktikant*innen, Azubis und Freiwilligen (FSJ und BFD) entsprechend die Möglichkeit einer Impfung bekämen. Schließlich unterschieden sich deren Tätigkeit und damit auch deren Expositionsrisiko nicht von dem der regulären Mitarbeiter*innen.

Die Verwaltung sagt zu, die Frage in der Niederschrift zu beantworten.

Hinweis der Verwaltung:

Die Priorisierung bzw. die Impfreihenfolge erfolgt nach der Impfverordnung des Bundes und den ergänzenden Impferlassen des Landes (MAGS). Die Zuteilung der Impfstoffe erfolgt durch das kommunale Impfzentrum. Innerhalb der Krankenhäuser haben diese dann die Verteilung der Impfungen vorgenommen. Eine Differenzierung nach Berufsgruppen erfolgt nicht.

B: Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung

Punkt 16 **Verschiedenes**

Keine Anmerkungen.

Wuppertal, 19.04.2021

Die Vorsitzende

Schäfer

Köln, 31.03.2021

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Wenzel -
Jankowski

Köln, 18.03.2021

Betriebleitung
LVR-Institut für Forschung
und Bildung

Bergerfurth